

Regierungsratsbeschluss

vom 10. März 2026

Nr. 2026/467

Vernehmlassung zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Kantone Graubünden, Tessin und Wallis in Zusammenhang mit den Unwetterschäden im Sommer 2024 Schreiben an das Bundesamt für Umwelt BAFU, Bern

1. Erwägungen

Der Vorsteher des Eidgenössischen Departments für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK hat mit Schreiben vom 26. November 2025 die Kantone zur Vernehmlassung zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Kantone Graubünden, Tessin und Wallis in Zusammenhang mit den Unwetterschäden im Sommer 2024 eingeladen.

2. Beschluss

Auf Antrag des Volkswirtschaftsdepartements wird die Stellungnahme an das Bundesamt für Umwelt BAFU zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Kantone Graubünden, Tessin und Wallis im Zusammenhang mit den Unwetterschäden im Sommer 2024 beschlossen.



Yves Derendinger
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Umwelt BAFU vom 10. März 2026

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement (GK 6825)
Solothurnische Gebäudeversicherung
Amt für Militär und Bevölkerungsschutz
Fachstelle Standortförderung
Eidg. Parlamentarier (8)